

gnügen, da man mit 13- und 15stelligen Zahlen rechnen mußte. Das wird ja nun besser werden. Es wurde alles in Ordnung gefunden.

Ich beantrage im Namen der Kontrollkommission, dem Parteivorstand für seine gesamte Tätigkeit Entlastung zu erteilen. (Lebhafter Beifall!)

### 3. Bericht der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Hermann Müller-Franken: Genossinnen und Genossen! Sie finden auf der Tagesordnung des Parteitags noch ein Referat des Genossen Hilferding über die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Die Arbeitsteilung zwischen Hilferding und mir ist so gedacht, daß Hilferding die Dinge behandeln wird, die für die zukünftige Politik der Partei von besonderer Bedeutung sind, während ich darstellen werde, was die Fraktion geleistet hat, und die Fraktion gegen Angriffe verteidigen werde, die meiner Auffassung nach ungerechtfertigt erhoben worden sind. Ich kann in meinem einstündigen Referat keine volle Darstellung der Arbeiten der Fraktion geben. Das ist aber auch nicht notwendig. Wir haben zwei Tage nach der Auflösung bereits unser „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ herausgegeben. Sie finden darin die positive Arbeit dargestellt, die die sozialdemokratische Fraktion in den letzten Jahren geleistet hat.

In diesem Bericht ist alles enthalten, was über die Jahre seit dem Einigungsparteitag in Nürnberg zu sagen ist. Danach hat die sozialdemokratische Fraktion ihr Hauptgewicht darauf gelegt, positiv für die Arbeiterklasse zu wirken. Dabei hat sie die Grundsätze hochgehalten, die auch in den vergangenen Jahrzehnten für die Fraktion maßgebend waren. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß 1879 nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes kein geringerer als Friedrich Engels den ersten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion angegriffen hat, weil die Politik der Fraktion zu reformistisch gewesen sei. Kein anderer als August Bebel hat ihm darauf am 18. November 1879 geantwortet: „Die Massen verlangen, daß auch für das Heute gesorgt wird, unbeschadet dessen, was morgen kommt.“ Dieser Grundsatz war auch unser Leitstern bei der parlamentarischen Tätigkeit.

Wir müssen zugeben, daß heute unser Kampf gegen früher erschwert ist, weil durch die Kriegsepisoden irreführende Arbeiter zum Teil heute den Weg nach rechts gefunden haben und die rechtsradikale Bewegung stärken. Wir müssen heute ferner mit einer Partei links neben uns rechnen, die ihre ganze Taktik auf eine Zerstörung der sozialdemokratischen Partei eingerichtet hat. Am nächsten Mittwoch sollen beim Zusammentreten des Reichstags die Anträge, behandelt werden, die die Fraktionen zu den Verordnungen eingebracht haben, die auf Grund der beiden Ermächtigungsgesetze erlassen worden sind.

Nach den Standalzenen im Reichstag nach seinem Wiederezusammentritt ist die Befürchtung berechtigt, daß die bürgerliche Mehrheit mehr als je dafür sorgt, daß dieses Parlament nicht allzuoft und allzulange zusammentritt, also die Beratungszeit eingeschränkt wird. Es leiden darunter am meisten diejenigen Fraktionen, die die Verordnungsgebung korrigieren wollen, die vor der Auflösung des Reichstags an die Stelle der normalen Gesetzgebung getreten war. Gerade die Tätigkeit der Fraktion ist aber am empfindlichsten geschädigt, die positiv für die Arbeiterklasse etwas herauszuschlagen versucht.

Das Parlament spielt heute eine andere Rolle als vor dem Weltkrieg und der Revolution. Damals war der deutsche Reichstag mehr ein Debattierklub mit sanfter Rede und Gegenrede. Heute kann der Reichstag alles, wenn er nur will. Es existiert über ihm nicht mehr die Obrigkeit, die früher selbst seine Tagesordnung mitbestimmte. Wenn die Reichstanzler des Kaiserreichs die Beratung eines Gegenstandes nicht wünschten, hatten sie die Macht, sie zu verhindern.

Der Reichstag ist jetzt den Parlamenten der Länder angenähert, in denen das parlamentarische System schon länger herrscht. Wir haben mehr Interpellationsdebatten und Debatten im Anschluß an Regierungserklärungen als früher; die Beratung der Gesetze wird aber schneller als in den vergangenen Jahrzehnten erledigt.

Am Reichstag ist infolge des deutschen Mehrparteiensystems keine geschlossene Mehrheit. Das hat uns oft zu Beschlüssen gezwungen, die vielfach von Parteigenossen angefochten worden sind, worauf ich bei der sachlichen Behandlung der einzelnen Materien zurückkommen werde. Dadurch besteht auch bei inneren Fragen, die gar keine Hauptfragen der Politik sind, jeden Tag die Möglichkeit, daß sich die extremen Parteien von rechts und links vereinigen und auf Grund dieser politischen Verhältnisse auch vereinigen müssen, auf ein Mißtrauensvotum, wenn es nur geschieht genug formuliert ist. Der Sturz der Regierung liegt daher von Woche zu Woche im Bereich der Möglichkeit. Dieser Zustand beeinträchtigt die Arbeiten des Parlaments außerordentlich, zeigt aber auch, daß heute keine Partei, die in der Regierung nicht vertreten ist, völlig frei von Verantwortung ist, wie überhaupt das parlamentarische System zur Wahrheit und zur Anerkennung der Realitäten in der Agitation erziehen soll. Das Verlangen von Unmöglichkeiten rächt sich an jeder Partei, die in absehbarer Zeit zur Uebernahme der Verantwortung gezwungen ist.

Müssen wir diese Realitäten anerkennen, so ist deshalb nicht im geringsten gesagt, daß wir von unseren sozialistischen Grundsätzen irgend etwas aufzugeben haben. Ich habe stets, zum Beispiel in den von mir abgehaltenen Versammlungen, betont, daß wir weniger als je Ursache haben, etwa für den Sozialismus ein Moratorium zu nehmen. Ganz im Gegenteil; rein objektiv betrachtet sind die Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus besser geworden als jemals. Nicht nur der Krieg, dieser große Proletarisator, hat in dieser Richtung gewirkt, sondern viel mehr noch die Inflation, durch die große Massen früher selbständiger Existenzen proletarisiert worden sind, die heute kaum mit der Arbeit ihres Kopfes oder ihrer Hände ihren Lebensunterhalt verdienen. Interessant ist, daß gerade diese Proletarisierung weiter Kreise des selbständigen Mittelstandes, diese Tendenz in der Richtung unseres Endziels, sich nicht unter einem sozialistischen Ministerium, sondern unter einem kapitalistischen ereignet hat, dessen Kanzler Cuno Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Paketschiff-Gesellschaft gewesen ist, dessen Wirtschaftsminister Beder von Rhein Stahl war, zwei waschechte Vertreter des Kapitalismus.

Wenn wir feststellen, daß die Mittelklassen zum großen Teil proletarisiert sind, so heißt das noch nicht ohne weiteres, daß sie zu uns kommen. In diesen Schichten, die objektiv für uns massenhaft reif geworden sind, ist die Tradition mehr als in anderen Kreisen an der Tagesordnung. Sie müssen in ständiger Kleinarbeit uns zugeführt werden. Nach einigen Jahren werden viele von ihnen kuriert sein, die noch bei den letzten Wahlen den Rechtsparteien nachgelaufen sind; sie werden begreifen, daß, wenn weniger Sozialisten im Reichstag sind, das noch nicht ein Mehr an Aufwertung bedeutet (Sehr gut!), womit die Abwanderung dieser für uns reifen Schichten bei den Wahlen zu unterbinden versucht wurde.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum Wahlrecht, das auch von anderen Parteien auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Es ist notwendig, daß wir wieder zu kleineren Wahlkreisen kommen. (Sehr richtig!) Große allerdings haben auch ihre Vorteile. Wenn sich unendlich lange Listen gegenüberstehen, wird der Wahlkampf unperfönllicher und weniger gehässig geführt, wie meist in der Vergangenheit. Andererseits muß der persönliche Zusammenhang zwischen den Abgeordneten und dem Wahlkreis mehr betont wer-

Genossen Rudolf Hilferding, herausgegeben. Der Verlag kann heute über 5000 feste Abonnenten buchen. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal. Sie ist von vielen Parteigenossen begrüßt worden, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß wir zu den fünfeinhalb Tausend Lesern weitere fünftausend in aller Kürze verzeichnen können. Außerdem wird wieder am 1. Juli dieses Jahres eine Kommunalzeitschrift: „Die Gemeinde“ — Halbmonatszeitschrift — für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, erscheinen. Die erste Nummer liegt Ihnen bereits vor. Sie befindet sich in der Mappe, die Ihnen der Verlag Diez überreicht hat. Auch hier wird der Verlag alle die Erfahrungen berücksichtigen, die früher bei den Zeitschriften ähnlicher Art gemacht worden sind. Vor allen Dingen soll die Redaktion darauf achten, daß die kleineren und mittleren Orte, besonders die Landgemeinden, genügend berücksichtigt werden. Es war vielleicht ein großer Mangel solcher Zeitschriften, daß sie hauptsächlich auf die großstädtischen Verhältnisse zugeschnitten waren. (Sehr wahr!)

Ich komme jetzt zu dem Kassenbericht der letzten Monate. Da muß ich dem Parteitag berichten, daß nach unserer Auffassung die Liebe zum Parteivorstand von Tag zu Tag mehr gewachsen ist. Sie hat den Höhepunkt erreicht vom 1. bis zum 12. Juni in Gestalt der Geldeingänge aus den Bezirken. Während wir in den Monaten Januar bis einschließlich Mai eine monatliche Durchschnittseinnahme von 23 000 Mk. an Beiträgen buchen konnten, sind vom 1. bis 12. Juni 32 000 Mk. bei uns eingegangen, ohne die Beträge, die die einzelnen Delegierten wahrscheinlich persönlich mitgebracht haben.

Die Gesamteinnahme des Parteivorstandes in den zurückliegenden letzten fünf Monaten betrug an Beiträgen der Mitglieder 151 727 Mk., 145 234 Mk. andere Beiträge, darunter 63 187 Mk. aus der internationalen Sammlung, 178 543 Mk. von den Parteigeschäften, 17 482 Mk. von der Einkaufszentrale, 763 Mk. zurückgezahlte Darlehen, 105 Mk. Zinsen und 8784 Mk. sonstige Einnahmen.

Die Ausgabenposten wollen Sie, bitte, im gedruckten Bericht nachsehen.

An Beiträgen sind bis zum 10. Juni 151 727 Mk. vereinnahmt worden. Die einzelnen Bezirke, wir zählen 31, haben mit einer Ausnahme dazu beigetragen. An der Spitze der finanziellen Leistung steht Hamburg mit 17 850 Mark, dann folgt Leipzig mit 14 857 Mk., Chemnitz-Zwidau mit 12 556 Mk., Berlin mit 11 250 Mk., Hannover mit 9365 Mk. Ich zähle die übrigen Bezirke nicht mehr auf. An welcher Stelle der finanziellen Leistung an den Parteivorstand der einzelne Bezirk steht, ist von uns persönlich zu erfahren. Die Größe der Bezirke nach den Mitgliederbeiträgen errechnet ist Hamburg, Hannover, Leipzig, Schleswig-Holstein, Franken, westliches Westfalen usw.

Nach fünf Monaten ist es das erstmal wieder möglich, einen Vergleich gegen früher, das heißt vor dem Kriege, anzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hatte vor dem Kriege im letzten Geschäftsjahr eine Gesamteinnahme von 1 400 000 Mk. Wir haben also gegenwärtig fast den Friedensstand erreicht. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß alle Orte, Bezirke und auch der Parteivorstand früher über kleinere und größere Reserven verfügt haben, das ist heute nicht der Fall. Die Richtung, in der wir alle zu arbeiten haben, ist von selbst gegeben.

Ehe ich den Kassenbericht abschließe, will ich auch noch namens des Parteivorstandes den Genossen aus der Internationale besonderen Dank sagen. Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat aus dieser Sammlung 100 000 Mk. in den letzten 1½ Jahren zur Aufrechterhaltung ihrer Organisation und Einrichtungen erhalten. Wir danken allen Genossen in den europäischen Staaten, auch jenseits des Ozeans, für diesen Akt der Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Unser Stolz wird sein, alles zu tun, die früher so oft befundene deutsche Solidarität bei der ersten Gelegenheit zu beweisen. (Bravo!)

Ueber die speziellen Gebiete unserer Organisation, über die Frauenbewegung und die Arbeiterwohlfahrt verweise ich auf den Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht.

Das Bildungsweesen der Partei befindet sich, ebenso wie die Jugendorganisation und Erziehungsbewegung der Kinderfreunde, in neuem Aufstieg. Die Kinderfreundebewegung zählt, obwohl sie erst etwa ¼ Jahr besteht, bereits 70 Ortsgruppen, die Jugendorganisation hat eine Mitgliederzahl von über 100 000 und die Zahl der Bildungsausschüsse ist auf 600 angewachsen. Eine ähnliche erfreuliche Entwicklung zeigt auch die Jungsozialisten- und Lehrerbewegung.

Wir haben alles getan, um die Kultureinrichtungen auch durch die schwerste Zeit der Inflationsskrisis durchzuhalten, und es ist dies auch gelungen, wie wir mit Genugtuung feststellen können.

Wir wissen, daß der Sozialismus als Kulturgebilde heute in weitesten Kreisen lebendig ist, daß insbesondere bei unseren jüngeren Genossen ein starker Drang herrscht, sich mit den Problemen der Zeit geistig auseinanderzusetzen und an der Vertiefung der sozialistischen Weltanschauung zu arbeiten.

Daraus erwachsen uns als Kulturpartei Verpflichtungen, die wir soweit als möglich zu erfüllen bestrebt sind.

Ich habe Ihnen nun gesagt, was der Parteivorstand als Treuhänder der Partei und was seine durch ihn vertretenen Parteigeschäfte, Institutionen usw. während der rückliegenden Berichtszeit getan haben. An Ihnen liegt es, nachher zu sagen, was nicht getan worden ist oder, was ich absolut nicht für ausgeschlossen halte, was falsch gemacht worden ist. Alles was geschehen ist und was geleistet worden ist, geschah in der Absicht, der arbeitenden Klasse in Deutschland zu dienen und diese einer besseren Zeit entgegenzuführen. (Lebhafter Beifall.)

## 2. Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Brühne-Frankfurt a. M.: Die Kontrollkommission hat sich seit dem letzten Parteitag mit zwei Beschwerden zu befassen gehabt. Bei Aufhebung des Parteigeschäfts J. H. Diez Nachfolger wurden an die Angestellten und Arbeiter 8 Millionen Mark Entschädigung gezahlt. Im Frühjahr 1923 war dies noch eine große Summe. Diese 8 Millionen sind mit Einverständnis des Arbeiterrats der gesamten Angestellten und Arbeiter mit 7,5 Millionen sofort an die Angestellten und Arbeiter verteilt worden, während ½ Million zurückgehalten wurde, um im Notfalle aus diesem Fonds an die in Frage kommenden noch etwas zahlen zu können. Nachträglich hat der Genosse Otto, der im Geschäft tätig war, Beschwerde gegen die Verteilung erhoben. Die Beschwerde mußte abgelehnt werden, weil die Angelegenheit mit dem Stuttgarter Geschäft abgeschlossen war. Alle Angestellten und Arbeiter sind sofort in anderen Stellungen untergebracht worden; eine Notlage war also nicht vorhanden.

Eine weitere Beschwerde ging vom Parteisekretariat für den 17. hannoverschen Wahlkreis aus. Sie wurde gegen einen Beschluß des Parteivorstandes wegen Aufstellung des Genossen Noske als Spitzenkandidat im Wahlkreis Ost-hannover erhoben. Der Parteivorstand hatte beschlossen, von einer Aufstellung des Genossen Noske in dieser Legislaturperiode Abstand zu nehmen. Die Kontrollkommission kam zur Ablehnung der Beschwerde.

Die Kontrollkommission hat seit der letzten Reichstagswahl die Geschäfte des Parteivorstandes kontrolliert, ebenso „Vorwärts“-Buchhandlung, Parteikasse, Arbeiterjugend usw. Im Jahre 1923 war die Kassenrevision kein Ver-